

An die
Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses

nachrichtlich:

An die
stv. Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses
und die Kreistagsabgeordneten,
die nicht dem Planungs- und Umweltausschuss angehören

An den Landrat und die Dezernenten

Einladung
zur 12. Sitzung
des Planungs- und Umweltausschusses
(XVI. Wahlperiode)

am Dienstag, dem 20.02.2018, um 16:00 Uhr

ACHTUNG: früherer Sitzungsbeginn !!!

GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Musterresolution Agenda 2030 - Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten
Vorlage: 61/2513/XVI/2018
3. Sachstandsbericht Grundwasser
Vorlage: 68/2518/XVI/2018

4. Sachstandsberichte Waldvermehrung und Energiepaten
Vorlage: 68/2523/XVI/2018
5. Sachverständigenvorträge und Diskussion zum Rückgang der
Insektenpopulationen
Vorlage: 68/2456/XVI/2018
6. Mitteilungen
7. Anfragen
- 7.1. Rußrindenkrankheit bei Ahornbäumen
Vorlage: 68/2522/XVI/2018



Hans-Christian Markert
Vorsitz

Hinweis zur Änderung des Sitzungsbeginns:

Im Zusammenhang mit dem Runden Tisch zur Standortfestlegung für den Konverter beabsichtigt das Wirtschaftsministerium die Bürger im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im Marienhaus in Neuss (Beginn: 19.00 Uhr) zu informieren. Um auch Sitzungsteilnehmern die Gelegenheit zu geben, der Veranstaltung beizuwohnen, wird der Beginn der 12. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20.02.2018 ausnahmsweise auf 16.00 Uhr vorverlegt.

Für die Vorbesprechungen stehen den Fraktionen in der Zeit von 15.00 - 16.00 Uhr folgende Räume im Sitzungsbereich des **Kreishauses Grevenbroich** zur Verfügung:

CDU-Fraktion:	<u>Besprechungsraum V/VI</u> 1. Etage 02181/601-2050/2060
SPD-Fraktion:	<u>Besprechungsraum I</u> Erdgeschoss 02181/601-2110
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	<u>Besprechungsraum IV</u> Erdgeschoss 02181/601-2140
FDP-Fraktion:	<u>Besprechungsraum III</u> Erdgeschoss 02181/601-2130
Die Linke/Piraten-Fraktion:	<u>Besprechungsraum II</u> Erdgeschoss 02181/601-2120
Fraktion UWG/Die Aktive	<u>Besprechungsraum 0.02</u> Erdgeschoss 02181/601-1117

Parkplätze stehen in der Tiefgarage des Kreishauses Grevenbroich, Einfahrt "Am Ständehaus", zur Verfügung.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Parken auf dem Rondell vor dem Haupteingang des Kreishauses Grevenbroich nicht gestattet ist!

Sitzungsvorlage-Nr. 61/2513/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Planungs- und Umweltausschuss	20.02.2018	öffentlich
Kreistag	21.03.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Musterresolution Agenda 2030 - Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten

Sachverhalt:

Der Rhein-Kreis Neuss engagiert sich seit einigen Jahren im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere mit der Republik Kolumbien. Aus diesem Grund ist es dem Kreis ein besonderes Anliegen sein entwicklungspolitisches Engagement in den Bereichen der Nachhaltigkeit und im Sinne der EINE WELT-Politik mit der Unterzeichnung der Agenda 2030 Musterresolution sowohl symbolisch, als auch faktisch öffentlichkeitswirksam zu untermauern.

Die Musterresolution der Agenda 2030 geht aus einer Initiative der kommunalen Dachverbände Deutscher Städtetag und Rat der Gemeinden und Regionen Europas hervor. Im September 2015 hatten die Staats- und Regierungschefs der Welt bei den Vereinten Nationen die Agenda 2030 und die darin enthaltenen 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung beschlossen. Diese Ziele sollen weltweit bis zum Jahr 2030 erreicht werden und dabei auch die Entwicklungsanliegen von Menschen in den sogenannten entwickelten Ländern ansprechen.

Wegen ihrer Zuständigkeit für wichtige Politikfelder kommt der kommunalen Ebene dabei eine zentrale Bedeutung bei der Umsetzung der in der 2030-Agenda formulierten Ziele zu. In der Anfang 2017 verabschiedeten deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erkennt die Bundesregierung die wichtige Rolle der kommunalen Ebene für die 2030-Agenda an, ermutigt sie zu mehr Engagement und sichert ihr dafür sowohl personelle als auch finanzielle Unterstützung zu.

Mit dem als Anlage beigefügten Schreiben des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Herrn Dr. Gerd Müller, vom 07. März 2017 wurde das entwicklungspolitische Engagement des Rhein-Kreises Neuss explizit begrüßt und weitere Unterstützung für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zugesichert.

Die Unterzeichnung der Musterresolution stellt eine symbolische Unterstützung des entwicklungspolitischen Engagements des Rhein-Kreises Neuss dar. Durch sein Engagement in Kolumbien und durch die aktive Teilnahme an der Fairtrade-Initiative als 1. Fairtrade Kreis Deutschlands leistet der Rhein-Kreis Neuss bereits heute wichtige Beiträge zu – allen voran – den folgenden Zielen nachhaltiger Entwicklung:

- Erneuerbare Energien (Ziel 7)
- Reduzierte Ungleichheiten (Ziel 10)
- Nachhaltige Städte und Gemeinden (Ziel 11)
- Verantwortungsvoller Konsum (Ziel 12)
- Maßnahmen zum Klimaschutz (Ziel 13)
- Frieden und Gerechtigkeit (Ziel 16)
- Globale Partnerschaft (Ziel 17)

Die vollständige Liste der 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung ist als Anlage beigefügt. Mit der Unterzeichnung ist eine verstärkte Außendarstellung dieser Aktivitäten ohne finanziellen Aufwand verbunden. Es entstehen also keinerlei zusätzliche Kosten. Diese symbolische Unterstützung soll auch Menschen, Gruppen und Unternehmen ermutigen, sich intensiver mit dem Thema der nachhaltigen Entwicklung auseinanderzusetzen.

Bisher haben sich mit der Unterzeichnung der Musterresolution zur Agenda 2030 mehr als 60 Kommunen in Deutschland zur Umsetzung der Ziele nachhaltiger Entwicklung auf kommunaler Ebene bekannt. Zeichnungskommunen sind u. a. die Stadt Bonn, die Stadt Düsseldorf sowie der Rhein-Sieg Kreis und der Kreis Steinfurt. Im Rhein-Kreis Neuss haben bisher die Gemeinde Jüchen sowie die Städte Dormagen und Neuss die Musterresolution unterzeichnet.

Beschlussempfehlung:

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Landrat mit der Unterzeichnung der Musterresolution „Agenda 2030 – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ zu beauftragen.

Anlage - Auflistung SDG

Anlage - Schreiben Minister Dr GerdMüller

Anlage- Resolutionstext 2030-agenda_nachhaltige_entwicklung





Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

EINGEGANGEN

10. März 2017

Rhein-Kreis Neuss
Amt 61



G20 GERMANY 2017
HAMBURG

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dienstszentrum Berlin, 11055 Berlin

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Marcus Temburg
Landrat
Lindenstraße 10
41515 Grevenbroich

Nachrichtlich:
Herrn Bundesminister
Hermann Gröhe
Bundesminister für Gesundheit
Friedrichstr. 108
10117 Berlin

Dr. Gerd Müller

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

POSTANSCHRIFT UND ZUGANG
Stresemannstr. 94, Europahaus
10963 Berlin

TEL +49 (0)30 - 18 535 - 2807
FAX +49 (0)30 - 18 10 535 - 2807
Ulrich.Kaltenbach@bmz.bund.de
www.bmz.de

Berlin.

07. März 2017

Sehr geehrter Herr Landrat,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. Januar 2017, in dem Sie an unser Gespräch am Rande der Neusser Eine Welt Initiative anknüpfen und um weitere Unterstützung der Klimapartnerschaft Rhein-Kreis Neuss - Solano / Kolumbien bitten.

Über das entwicklungspolitische Engagement des Rhein-Kreis Neuss freue ich mich sehr. Ich kann Ihnen versichern, dass uns eine nachhaltige Ausgestaltung und eine Fortführung Kommunalen Klimapartnerschaften sehr am Herzen liegen. Gerade durch lokales Handeln können wir einen Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen und zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien leisten. Der Rhein-Kreis Neuss und Solano gehen hierbei mit gutem Beispiel voran. Ich freue mich auch, dass der Rhein-Kreis Neuss als eine der ersten lokalen Institutionen in Deutschland die Gelegenheit einer Förderung einer Personalstelle zur Koordination Kommunalen Entwicklungspolitik nutzt.



Seite 2 von 2

Das wird die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Solano sicherlich festigen und die künftige Entwicklungspolitik vor Ort, z.B. im Bereich Fairer Handel, stärken.

Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen eine Weiterförderung aus dem Programm für *Kommunale Klimaschutz-/Klimaanpassungsprojekte (FKKP)* der Engagement Global nicht zusagen kann, zumal Rhein-Kreis Neuss – Solano diese bereits in Anspruch nehmen konnte. Wie Sie wissen, erfolgt über Engagement Global eine jährliche Ausschreibung, mit dem Ziel, allen interessierten Klimapartnerschaften eine gleichberechtigte Chance auf Förderung einzuräumen. Alternativ schlage ich Ihnen vor, die Fördermöglichkeit aus dem Programm *Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (NaKoPa)* zu beachten, auch sie ermöglicht Förderungen von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, aber auch von Projekten zum Abfallmanagement. Letzteres könnte auch zu einer Lösung für das von Ihnen erwähnte „Sorgenkind“ Solanos, der Abfallwirtschaft, führen.

Wir haben Engagement Global/Servicestelle Kommunen (SKEW) - mit der Sie ja bereits in Kontakt stehen - gebeten, mit Ihnen die Möglichkeiten einer Antragstellung für 2017 zu beraten. Darüber hinaus steht Ihnen gern auch das Referat für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit von Frau Dr. Witteler-Stiepelmann (Tel. 030/18535-2860, Doris.Witteler-Stiepelmann@bmz.bund.de) zur Verfügung.

Bitte richten Sie den entwicklungspolitischen Akteuren im Rhein-Kreis Neuss und in Solano meinen aufrichtigen Dank aus. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen

2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis

begrüßt die von den Vereinten Nationen (VN) am 27. 9. 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an die Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten.¹

begrüßt die Anerkennung von Städten, Gemeinden und Kreisen als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung durch die erstmalige Aufnahme des sogenannten „Stadtziels“ SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ in die Entwicklungsagenda der VN.

unterstützt die in der 2030 -Agenda enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt und die darin beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung.

begrüßt die Forderungen des Bundestages an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, Städten und Kommunen weltweit mehr Einnahme- und Haushaltshoheit zu geben, sie beim Aufbau demokratischer und leistungsfähiger kommunaler Selbstverwaltungen und als zentrale Akteure einer integrativen und partizipatorischen Stadtentwicklung in ihrer internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen.²

fordert Bund und Länder auf, Kommunen und Ihre Vertretungen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen, die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der 2030-Agenda anzuerkennen, Kommunen stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu berücksichtigen und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dabei sollen kommunale Belastungen durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen von Bund und der Ländern ausgeglichen werden.

1 www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/69/L.85&Lang=E (Seite 14)

2 Siehe Bundestagsbeschluss „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ vom 18.06.2015

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis _____

wird ihre Möglichkeiten nutzen, sich für nachhaltige Entwicklung konkret zu engagieren und eigene Maßnahmen nach innen und außen sichtbarer zu machen. Sie wird dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

Mit Beschluss _____

_____ vom angenommen.

Ort, Datum

Titel, Funktion

Unterschrift

Kommunen können mit folgenden Maßnahmen einen besonderen Beitrag leisten (optional):

I. Information und Bewusstseinsbildung

- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Dritten mit dem Ziel, Informationen über die SDGs in der Bevölkerung zu verbreiten und das Bewusstsein für die damit angesprochenen Herausforderungen auf lokaler Ebene zu schärfen.
- Darstellung/Einbringung in Diskussionen wie anhand von Praxisbeispielen oder entsprechenden Ratsvorlagen, Entwicklungsziele der VN auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Beispielhaft sei hierfür das kommunalrelevante Ziel 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ genannt.(link)
- insbesondere die für ihr Gebiet zuständigen Volkshochschulen, Bildungswerke und Verwaltungsakademien bitten, Informationsangebote zur 2030-Agenda und den nachhaltigen Entwicklungszielen anzubieten.
- Bestandsaufnahme von vorhandenen Themen/Maßnahmen der Kommune, die in besonderem Zusammenhang mit globalen Nachhaltigkeitsstrategien stehen.

II. Maßnahmen der Vernetzung und Interessenvertretung

- Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses bestehend aus lokalen Akteuren wie Vereinen, Initiativen, Schulen, Universitäten, Wirtschaft, Handwerk, Gewerkschaften und Kirchen sowie lokal/regional engagierten NGO's, um die 2030-Agenda und die damit einhergehenden SDGs breit zu verankern.
- Mitwirkung in regionalen/nationalen Nachhaltigkeitsnetzwerken.
- Aktive Beteiligung an kommunalrelevanten Vorhaben der VN, um kommunale Selbstverwaltung weltweit zu stärken, kommunale Interessen weltweit zu bündeln und den Anliegen der Kommunen global Gehör zu verschaffen.

III. Übertragung der 2030-Agenda auf die kommunale Ebene

- Bestehende oder neue Maßnahmen oder Strategien der sozialen, ökologischen, ökonomischen oder politisch-kulturellen Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene werden mit einem oder mehreren der 17 SDGs in Zusammenhang bringen und national und international sichtbar machen.
- Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verankern und besonderes Augenmerk verleihen (zum Beispiel SDG Nr. 11).
- Sich dafür einsetzen, dass auch in weiteren kommunalen Handlungsfeldern wie zum Beispiel bei kommunalen Eigenbetrieben und der Kommunalwirtschaft, Schulen, oder bei der kommunalen Wohnraumversorgung

Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt werden (zum Beispiel SDGs Nr. 4, 6, 7, 9, 13).

- Erweiterung und Vertiefung des Städtepartnerschaftsnetzes und der Projektzusammenarbeit mit Kommunen aus Ländern des globalen Südens. Förderung der Strukturen der Selbstverwaltung und Unterstützung des kommunalen Wissenstransfers in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (zum Beispiel SDG Nr. 17).
- Einbeziehung der Potenziale von Migrantinnen und Migranten als Brückenbauer zu ihren Herkunftsländern, auch mit dem Ziel, Lebensperspektiven in den Herkunftsländern zu verbessern (SDG Nr. 17).
- Ausbau einer Willkommenskultur im Zuge der wachsenden Zuwanderung nach Europa (SDG Nr. 17).

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 05.02.2018

68 - Amt für Umweltschutz

**rhein
kreis
neuss**

Sitzungsvorlage-Nr. 68/2518/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Planungs- und Umweltausschuss	20.02.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:
Sachstandsbericht Grundwasser

Sachverhalt:

Die Verwaltung wird hierzu aktuell in der Sitzung berichten.

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 05.02.2018

68 - Amt für Umweltschutz

**rhein
kreis
neuss**

Sitzungsvorlage-Nr. 68/2523/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Planungs- und Umweltausschuss	20.02.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Sachstandsberichte Waldvermehrung und Energiepaten

Sachverhalt:

In dem beigefügten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.01.2018 wird um Sachstandsberichte zur Waldvermehrung und zu Energiepaten gebeten.

Die Verwaltung informiert hierzu wie folgt:

Waldvermehrung

In 2017 wurden zwei kreiseigene Flurstücke in der Gemarkung Elsen (Noithausen, Ringstraße) mit insgesamt 3,0170 Hektar aufgrund einer entsprechenden Festsetzung im Landschaftsplan aufgeforstet. Die Kosten der Bepflanzung und der Kulturpflege (19.179,65 €) wurden zu 100 % vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW übernommen. Im Jahre 2017 konnte kein Grunderwerb im Rahmen der Waldvermehrung realisiert werden. Die aktuellen Schwierigkeiten beim Grunderwerb für die Waldvermehrung sind auf die in den vergangenen Jahren stetig um 10-20 % gestiegenen Ackerland-Richtwerte und den damit verbundenen Anstieg der Kaufpreise auf bis zu 10,--Euro/qm zurückzuführen. Bei maximaler Zahlung des Ackerland-Richtwertes dürfte es auch in den kommenden Jahren schwierig werden, erfolgreich Grunderwerbsverhandlungen zum Abschluss zu bringen. Für das Jahr 2018 laufen aktuell Verhandlungen mit drei Grundstückseigentümern in Dormagen, Grevenbroich und Rommerskirchen. Weitere Grunderwerbe könnten sich im Laufe des Jahres 2018 ergeben, sind aber zurzeit nicht absehbar.

Energiepaten

Die Informationen zu den Energieeinsparungen durch den Einsatz von Energiepaten werden im Rahmen einer Tischvorlage zur Sitzung bereitgestellt.

Anlagen:

20180220 Antrag Planung Waldvermehrung und Energiepaten

SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

An den
Vorsitzenden des
Planungs- und Umweltausschusses
Herrn H. C. Markert
Kreisverwaltung
41460 Neuss

SPD-Kreistagsfraktion
Fraktionsgeschäftsstelle

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel: 02181 / 2250 20

Fax: 02181 / 2250 40

Mobil: 0173 / 7674919

Mail: kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de

28. Januar 2018

Antrag: Sachstandsberichte Waldvermehrung und Energiepaten

Sehr geehrter Herr Markert,

wir bitten Sie, Sachstandsberichte zu den Themen „Waldvermehrung“ und „Erfahrungen mit Energiepaten“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20. Februar zu nehmen.

Begründung:

Zum Thema „Waldvermehrung“ erbitten wir einen Bericht über die 2017 umgesetzten und die für 2018 geplanten Maßnahmen sowie der 2017 entstandenen Kosten.

Zum Thema „Energieeinsparung durch Energiepaten“ wurde in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 27.3.2017 durch die Verwaltung ausgeführt: „Um eine Aussage zu den Energieeinsparungen, die durch den Einsatz von Energiepaten erzielt wurden, treffen zu können, werden wir den Energieeinsatz und die Kosten der Jahre 2016/2017 Anfang 2018 gegenüberstellen...“. Wir erbitten einen entsprechenden Bericht.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel

-Vorsitzender-

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin

Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de

Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin

Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE87305500000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag

von 8:00 bis 15:30 Uhr

Sitzungsvorlage-Nr. 68/2456/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Planungs- und Umweltausschuss	20.02.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Sachverständigenvorträge und Diskussion zum Rückgang der Insektenpopulationen

Sachverhalt:

In der 11. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses hatte die Verwaltung auf eine Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.11.2017 hin zu verschiedenen Aspekten des nach einer Studie des Entomologischen Vereins Krefeld e. V. festzustellenden Rückgangs der Fluginsekten berichtet. Verschiedene in der Sitzung gestellte Nachfragen wurden in der Niederschrift beantwortet.

Seitens des Ausschussvorsitzenden wurde in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, zur nächsten Ausschusssitzung Experten einzuladen um vertiefend über Ursachen und Maßnahmen diskutieren zu können. Hierzu sollten Vorschläge der Kreistagsfraktionen für Referent/innen eingeholt werden.

Die Geschäftsstellen der Fraktionen des Kreistages wurden hierzu mit Schreiben vom 12.12.2017 um Vorschläge gebeten.

Seitens der SPD-Fraktion wurden hierzu Herr Dr. Martin Sorg, Entomologischer Verein Krefeld e. V., Herr Michael Stevens, Haus der Natur - Biologische Station im Rhein-Kreis Neuss e. V., und Herr Wappenschmidt, Abgeordneter des Kreistages und Vorsitzender der Kreisbauernschaft Neuss-Mönchengladbach e. V., vorgeschlagen.

Die Kreistagsfraktionen Bündnis 90 / Die Grünen hat ebenfalls Herrn Dr. Sorg als Referenten vorgeschlagen.

Herr Dr. Sorg hat seine Teilnahme zugesagt.

Herr Wappenschmidt hat vorgeschlagen, an seiner Stelle einen Vertreter des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes e. V., Herrn Dr. Bernd Lüttgens, einzuladen. Herr Dr. Lüttgens hat seine Teilnahme zugesagt.

Herr Stevens wird an der Sitzung teilnehmen, jedoch zum Thema nicht referieren, da die Gebiete „Die Spey“ und „Zonser Grind“ zentrale Bestandteile der Studie des Entomologischen

Vereins Krefeld e. V. sind und der Biologischen Station keine weitergehenden Erkenntnisse dazu vorliegen.

Geplante Vorträge:

**Bestandsrückgänge von Fluginsekten in Offenlandbiotopen der Kulturlandschaft
- Methoden, Biomassen, Artenspektren**

(Dr. Martin Sorg, Entomologischer Verein Krefeld e. V. & LNU NRW)

Insektensterben aus der Sicht der Landwirtschaft

(Dr. Bernd Lüttgens, stv. Geschäftsführer des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes e. V.;
Grundsatzfragen Agrarpolitik, Pflanzliche Produktion, Umweltpolitik)

Im Anschluss an die Vorträge besteht Gelegenheit zur Diskussion mit den Referenten.

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wurde auch vorgeschlagen, regelmäßig zur Insektenproblematik zu berichten.

Neue Erkenntnisse liegen der Verwaltung derzeit nicht vor.

Der Entomologische Verein Krefeld e. V. hat seine Studie / Untersuchung im NSG / FFH-Gebiet Zonser Grind, Stadt Dormagen, auf das Jahr 2017 erweitert. Das Projekt wird durch das Gemeinschaftswerk Natur und Umwelt Rhein-Kreis Neuss e. V. (NUN) gefördert. Für den Untersuchungszeitraum 2016 liegt eine derzeit interne Studie des Vereins vor, die aber nach dortigen Mitteilung noch nicht zur Veröffentlichung vorgesehen ist.

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 05.02.2018

68 - Amt für Umweltschutz

**rhein
kreis
neuss**

Sitzungsvorlage-Nr. 68/2522/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Planungs- und Umweltausschuss	20.02.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Rußrindenkrankheit bei Ahornbäumen

Sachverhalt:

Die in der beigefügten Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.01.2018 gestellten Fragen zur Rußrindenkrankheit bei Ahornbäumen beantwortet die Verwaltung wie folgt:

Zu 1.: Die Rußrindenkrankheit, verursacht durch den Pilz *Cryptostroma corticale*, wurde 2017 erstmalig in Waldbeständen des Rhein-Kreises Neuss diagnostiziert. Bisher wurde die Krankheit überwiegend an Bergahornen auf dem Strategischen Bahndamm in Rommerskirchen festgestellt. Zudem wurden im Straßenbegleitgrün der Kreisstraße K 37 östlich der Ortslage Büttgen einzelne erkrankte Exemplare gefunden. Es handelt sich jeweils um Erkrankung von Einzelbäumen, ein flächenhaftes Absterben ist nicht zu verzeichnen.

Zu 2.: Die Erkrankung ist nicht heilbar. Die Verbreitung der Sporen erfolgt überwiegend durch den Wind. *Cryptostroma corticale* ist ein Schwächeparasit, der insbesondere infolge von Trockenstress auftritt. Ziel ist daher, die Bäume durch regelmäßige Durchforstungen zu stärken und so weiteren Ausbrüchen der Krankheit vorzubeugen. Die Möglichkeiten, die Verbreitung des Pilzes zu verhindern, sind eher gering einzuschätzen. Aufgrund der bisherigen Fundstellen ist von einem flächendeckenden Vorkommen des Pilzes im Kreisgebiet auszugehen. Der Pflanzenschutzdienst der Landwirtschaftskammer Rheinland weist darauf hin, dass es sich bei *Cryptostroma corticale* nicht um einen sogenannten Quarantäneschädling handelt. Das bedeutet, dass der Erreger in Deutschland etabliert ist und keine Bestrebungen zur Ausrottung bestehen. Zudem existiert aus diesem Grunde auch keine behördliche Befugnis des Pflanzenschutzdienstes zur Anordnung von Maßnahmen bezüglich der Bekämpfung des Pilzes oder der Beseitigung befallener Bäume. Über den weiteren Fortschritt der Krankheit kann derzeit nur spekuliert werden. Die Bergahornbestände werden in den kommenden Vegetationsperioden intensiv durch die Kreisforstdienststelle kontrolliert. Die dann gegebenenfalls zu ergreifenden Maßnahmen hängen vom Ausmaß des Befalls und der Lage

der befallenen Bestände ab. Da die erkrankten Bäume bruchgefährdet sind, wird besonderes Augenmerk auf die Verkehrssicherheit zu legen sein.

Anlagen:

20180220 Anfrage Planung Ahornsterben

SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

An den
Vorsitzenden des
Planungs- und Umweltausschusses
Herrn H. C. Markert
Kreisverwaltung
41460 Neuss

SPD-Kreistagsfraktion
Fraktionsgeschäftsstelle

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel: 02181 / 2250 20
Fax: 02181 / 2250 40
Mobil: 0173 / 7674919
Mail: kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de

28. Januar 2018

Anfrage: Rußrindenkrankheit bei Ahornbäumen

Sehr geehrter Herr Markert,

seit einiger Zeit wird in den Kommunen des Kreises ein Absterben von Ahornbäumen durch die Rußrindenkrankheit - verursacht durch den Pilz *Cryptostroma corticale* – beobachtet.

Wir bitten Sie daher, die folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20. Februar zu nehmen.

Anfrage:

1. Wird ein Absterben von Ahornbäumen auch in den Wäldern des Kreises und beim Straßenbegleitgrün an den Kreisstraßen beobachtet?
2. Welche Maßnahmen werden gegen die Erkrankung selbst und die weitere Ausbreitung der Krankheit unternommen?

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel

-Vorsitzender-

Geschäftsstelle:
Frau Brigitte Baasch, Referentin
Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin
Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:
Sparkasse Neuss

IBAN: DE87305500000059111054
BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr